

# Inhaltsverzeichnis

Einleitung und Gang der Untersuchung .....	1
<i>Kapitel 1: Typisierung von Massenschäden</i> .....	3
A) Verfahrensrechtlich relevante Massenschäden .....	4
I. Massenschäden .....	4
II. Zivilverfahrensrechtlich relevante Massenschäden .....	6
1. Ein oder wenige Schädiger .....	6
2. Vielzahl von Personen geschädigt .....	7
3. Gleiche oder gleichartige Ursache .....	8
a) Multikausale Schadensverursachung .....	8
b) Summationsschäden .....	11
4. Fazit .....	12
B) Typisierung zivilverfahrensrechtlich relevanter Massenschäden nach der Anforderung an das Verfahren .....	12
I. Einleitung: Vorsicht vor dem „Streuschaden“ .....	13
II. Abgrenzung der Bagatellschäden von den übrigen Massenschadensfällen .....	15
1. Der Bagatellschaden: Absolutes Desinteresse .....	15
2. Der Streuschaden als Synonym? .....	20
III. Die Großschäden als sonstige Massenschadensfälle .....	22
1. Einteilung nach der Schadensursache .....	22
a) Großschäden aufgrund mehrerer gleichartiger Ursachen .....	22
b) Großschäden aufgrund derselben Ursache .....	23
c) Einwendung gegen die Unterscheidung nach Schadensursachen .....	24
d) Ergebnis: Massenunfälle und sonstige Großschäden .....	25
2. Anforderungen der Großschäden an die Interessen- bündelung .....	25
IV. Fazit .....	27



<i>Kapitel 2: Kollektive Rechtsdurchsetzung im Deutschen Zivilprozess – Handlungsnotwendigkeit zur Stärkung des Individualrechtsschutzes</i> .....	28
A) Abgrenzung der originären Verbandsklagen auf Unterlassung und Gewinnabschöpfung .....	28
I. Überblick über die wichtigsten originären Verbandsklagen .....	29
II. Vereinbarkeit mit dem Deutschen Rechtsschutzsystem .....	33
1. Verfassungswidrige „Popularklage“ oder subsidiär zulässige Rechtsschutzergänzung .....	34
2. Verletzung der Subsidiarität im UWG .....	38
3. Übertragung der Rechtsdurchsetzung auf staatliche Behörden .....	41
III. Klage im „Gruppeninteresse“? .....	42
IV. Materielle Rechtsnatur und Regelungssystematik .....	44
B) Bündelungsmöglichkeiten in der Zivilprozessordnung de lege lata und lege ferenda .....	47
I. Streitgenossenschaft und Verbindung .....	47
II. Verfahrensaussetzung, § 148 ZPO .....	50
III. Nebenintervention und Streitverkündung .....	55
IV. Musterprozessabrede .....	56
V. Die mandatierte Repräsentation durch Verbraucherverbände kraft Inkassoession und gewillkürter Prozessstandschaft .....	61
1. Die Mandatierung des Verbandes durch den Rechtsinhaber .....	61
2. Rechtsberatungs- und Rechtsdienstleistungsgesetz: Vom Verbot der Rechtsberatung zur Zulassung einer mandatierten Repräsentation durch Verbraucherverbände .....	63
a) Rechtslage unter dem Rechtsberatungsgesetz .....	63
b) Änderungen durch das Rechtsdienstleistungsgesetz .....	69
aa) Die Verbraucherverbandsklage .....	70
(1) Verbraucherinteresse .....	70
(2) Konkretisierung durch Kriterien des BGH zu Art. 1 § 8 Nr. 3 RBerG .....	72
bb) Tätigkeit durch ad-hoc-Interessenverbände .....	74
VI. Fazit .....	75
C) Zivilrechtliche Kollektivklagen allgemein – de lege lata und de lege ferenda .....	76
I. Einleitung: Musterprozess, Sammel- und Gruppenklage als allgemeine prozessuale Bündelungsmodelle .....	76
II. Musterverfahren .....	78
III. Sammel- und Gruppenklagen .....	82
1. Sammelverfahren .....	82



2. Gruppenverfahren: Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz (KapMuG) .....	82
a) Das Verfahren im Überblick .....	82
b) Gruppenklage oder Musterverfahren? .....	85
c) KapMuG als atypisches Gruppenverfahren .....	88
IV. Ausblick: Das GVMuG .....	89
1. Unterlassungs- und Abschöpfungsklagen .....	90
2. Muster- und Sammelklagen qualifizierter Einrichtungen .....	91
3. Gruppenklagen .....	92
D) Bedarf einer neuen Zugangsmöglichkeit zum Recht .....	93
I. Bedarf und Grenzen der Ausweitung kollektiver Rechtsschutzformen .....	95
1. Rechtspolitischer Bedarf .....	95
2. Zugang zum Recht im Rechtsstaatssystem .....	98
a) Gebot kollektiven Rechtsschutzes aus verfassungsrechtlich verankerten Verfahrensgrundsätzen – insbesondere Justizgewährungsanspruch .....	99
aa) Justizgewährungsanspruch .....	99
bb) Erledigung des Rechtsstreits in angemessener Zeit .....	101
cc) Gebot der Waffengleichheit .....	103
b) Subsidiarität kollektiven Rechtsschutzes aufgrund verfassungsrechtlichen Vorranges des Individualrechtsschutzes .....	106
aa) Verfassungsrechtlich verankerter Individualrechtsschutz .....	106
bb) Zweck des Zivilprozesses .....	108
cc) Der Zwei-Parteien-Prozess .....	110
dd) Fazit: Subsidiäre Zulässigkeit kollektiven Rechtsschutzes; Subsidiarität von Verbandsklagen gegenüber Klagen individueller Anspruchskollektivierung .....	112
II. Anforderungen aus den einzelnen Massenschadenstypen – keine speziellen Verfahrensgesetze zu bestimmten materiellen Rechtsgebieten .....	114
1. Bagatellschaden .....	116
2. Großschäden .....	118
III. Gruppenklage als zweite Säule – „Repräsentationsmodell“? .....	119
1. Ursprung und Definitionsuntauglichkeit des Begriffs der „Repräsentation“ .....	119
2. Der Gruppenkläger als „Vertreter“? .....	121
3. Fazit und Definition der Gruppenklage .....	121
IV. Musterverfahren neben Gruppenverfahren .....	123
V. Fazit .....	124



<i>Kapitel 3: Verfassungsrechtlicher Regelungsrahmen</i>	
für Gruppenverfahren .....	126
A) Einleitung.....	126
B) Justizgewährungsgrundsatz, Art. 20 Abs. 3 i.V.m. Art. 2 Abs. 1 GG – insbesondere Zulässigkeit des Ausschlusses von Individualverfahren .....	126
C) Dispositionsgrundsatz und Rechtliches Gehör, Art. 103 Abs. 1 GG .....	129
I. Problemstellung im Rahmen von Gruppenverfahren .....	129
II. Dispositionsmaxime als Regelungsgrenze für Gruppenverfahren.....	131
1. Zulässigkeit von Zwangsverfahren .....	132
2. Vereinbarkeit von opt-out-Verfahren.....	134
a) Rechtfertigung für das US-amerikanische opt-out-Verfahren.....	137
b) opt-out oder opt-in im Deutschen Rechtssystem .....	138
aa) Bagatellschäden .....	139
bb) Nicht gestreute Großschäden .....	139
cc) Sonstige Großschäden.....	140
dd) Zusammenfassung.....	141
c) Sonderfall begrenztes Gruppenverfahren.....	142
3. Möglichkeit nachträglichen Ausstiegs aus dem Gruppenverfahren.....	142
a) Eingeschränkte Dispositionsbefugnis im Prozess .....	142
b) Klagerücknahme im Gruppenverfahren.....	143
c) Problem des Kostenrisikos bei unbegrenztem Ausstiegsrecht.....	144
d) Fazit .....	144
III. Anspruch auf rechtliches Gehör als Regelungsgrenze für Gruppenverfahren.....	145
1. Grundzüge des Anspruchs auf rechtliches Gehör.....	145
2. Fragestellung im Rahmen von Gruppenklagen .....	147
3. Grundsätze der Anforderungen aus dem Anspruch auf rechtliches Gehör in vergleichbaren Konstellationen des Zivilprozessrechts .....	149
a) Grundlegend: Einschränkungen persönlichen Gehörs am Beispiel der Prozessbevollmächtigung .....	149
b) Rechtliches Gehör bei Rechtskrafterstreckung auf Dritte .....	150
aa) Rechtskrafterstreckung bei gewillkürter Prozessstandschaft.....	151
bb) Rechtskrafterstreckung in sonstigen Fällen.....	154
(1) Rechtskrafterstreckung bei gesetzlich angeordneter Prozessstandschaft .....	154
(2) Übertragbarkeit der Grundsätze auf ein Gruppenverfahren?.....	156
(3) Ausnahme: Begrenztes Gruppenverfahren .....	158



c) Zusammenfassung der sich aus vergleichbaren dogmatischen Konzeptionen des Zivilprozessrechts ergebenden Anforderungen aus Art. 103 Abs. 1 GG an ein Gruppenverfahren .....	159
4. Vereinbarkeit weiterer Einschränkungen des Art. 103 Abs. 1 GG .....	160
a) Art. 103 Abs. 1 GG als Funktionsgarantie .....	160
b) Einschränkung des Art. 103 Abs. 1 GG zugunsten effektiven Verfahrens .....	161
c) Kein wirksamer Verzicht auf rechtliches Gehör durch Teilnahme am Gruppenverfahren .....	163
aa) Verzichtbarkeit des rechtlichen Gehörs, Art. 103 Abs. 1 GG .....	164
bb) Genereller Vorausverzicht durch Verfahrensteilnahme nicht zulässig .....	166
5. Unzulässigkeit von opt-out-Verfahren aufgrund Art. 103 Abs. 1 GG .....	168
D) Verfassungsrechtliche Anforderungen an die Beteiligung der Gruppenmitglieder am Verfahren .....	172
I. Benachrichtigung der Geschädigten vom Gruppenverfahren .....	172
II. Auswahl und Überwachung des Gruppenklägers .....	173
III. Persönliche Beteiligung am Verfahren .....	174
E) Der gesetzliche Richter, Art. 101 Abs. 1 S. 2 GG .....	176
F) Fazit .....	178
<i>Kapitel 4: Die drei Säulen des Modells eines begrenzten Gruppenverfahrens auf der Basis des Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetzes</i> .....	181
A) Einleitung .....	181
B) Das echte versus begrenzte private Gruppenverfahren .....	183
I. Privates Gruppenverfahren .....	183
II. Begrenztes Gruppenverfahren .....	185
1. Echtes und begrenztes Gruppenverfahren .....	185
2. Das begrenzte Gruppenverfahren als Modell für Deutschland .....	186
a) Keine Abhängigkeit einer opt-in- oder opt-out-Regelung von der Entscheidung über echtes oder begrenztes Gruppenverfahren .....	186
b) Vorteile des begrenzten Gruppenverfahrens .....	188
C) Die drei Säulen eines Gruppenklagemodells .....	189
I. Streitgegenstand des begrenzten Gruppenverfahrens .....	189
1. Vorgaben und Bezugspunkte des Streitgegenstandes .....	189
2. Streitgegenstandsbegriff der ZPO .....	190



3. Materiell bestimmter Streitgegenstand des KapMuG als Teil des jeweiligen Ausgangsverfahrens.....	196
4. Die Streitgegenstandssysteme des KapMuG .....	198
a) Vorab: Der gleiche zugrundeliegende Sachverhalt als Bündelungsrahmen .....	200
b) Die Streitgegenstandsmodelle des KapMuG nach Rechtsprechung und Literatur .....	203
aa) Das singuläre Feststellungsziel .....	203
bb) Die Zulassung mehrerer Feststellungsziele .....	205
cc) Bedeutung der Streitpunkte .....	206
c) Streitgegenstand nach Wortlaut und Systematik des KapMuG .....	207
aa) Ein oder mehrere Feststellungsziele .....	207
bb) Entscheidung über Streitpunkte.....	209
(1) Bedeutung der Streitpunkte nach § 13 KapMuG .....	210
(a) Feststellungsziel und Streitpunkte nach § 13 KapMuG .....	210
(b) Ausschluss der Erweiterung um/des Feststellungsziele/s bzw. Voraussetzungen .....	210
(c) Korrekturen des § 13 KapMuG durch Rechtsprechung und Literatur.....	212
(d) Bedeutung der „Sachdienlichkeit“ des § 13 KapMuG für die Entscheidung über Streitpunkte .....	215
(2) Bedeutung der Streitpunkte nach § 16 KapMuG .....	216
d) Entwicklung und Motive des Gesetzgebers.....	217
aa) Der weite Ansatz des Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetzes .....	218
bb) Das Streitgegenstandsmodell des Regierungsentwurfes .....	219
cc) Das Streitgegenstandsmodell des Rechtsausschusses.....	221
dd) Zusammenfassung.....	223
ee) Die Bedeutung des gesetzgeberischen Willens im Rahmen der Gesetzesauslegung .....	223
e) Problem der „doppeltrelevanten“ Tatsachen – Relevanz der Rückwirkung entschiedener Streitpunkte .....	225
aa) Doppeltrelevante Streitpunkte.....	225
bb) Beschränkung des Lebenssachverhaltes als Lösungsweg.....	226
cc) Entscheidung aller Streitpunkte als Lösungsweg .....	228
dd) Kompromiss: Entscheidung über Feststellungsziel und „doppeltrelevante“ Streitpunkte.....	230
f) Fazit: Streit- und Entscheidungsgegenstand im Musterverfahren nach dem KapMuG .....	231
5. Schlussfolgerungen für den Streitgegenstand eines begrenzten Gruppenverfahrens .....	233
II. Entscheidungswirkung .....	235
1. Arten und Relevanz zivilprozessualer Entscheidungs- wirkungen.....	235
a) „Innenbindung“ und materielle Rechtskraft als Grundlagen der Entscheidungswirkung.....	236



b) „Bindung“ als Rechtskraftwirkung .....	237
c) Rechtskraft und innerprozessuale Bindungswirkung (Innenbindung) ...	239
2. Entscheidungswirkungen im KapMuG .....	241
a) Horizontale und vertikale Wirkung des Musterentscheides.....	242
b) Wirkungserstreckung des § 16 Abs. 1 S. 3 KapMuG als Beiladungswirkung eigener Art .....	242
aa) Zum Feststellungsziel gehörige Streitpunkte oder Wirkungs- erstreckung auf Tatsachengrundlagen.....	245
bb) Nebeninterventionswirkung als dogmatischer Irrweg .....	246
c) Bindungswirkung des § 16 Abs. 1 S. 1 KapMuG .....	248
d) Rechtskraft des Musterentscheides, § 16 Abs. 1 S. 2 KapMuG.....	249
aa) Rechtskraft zwischen den Parteien des Musterverfahrens – Anerkennung nach der EuGVVO .....	250
(1) Anerkennung des Musterentscheids nach der EuGVVO .....	250
(2) Rechtskraftwirkung in Bezug auf die Parteien des Musterverfahrens.....	253
bb) § 16 Abs. 1 Satz 3 KapMuG als Rechtskrafterstreckung.....	256
3. Folgen für die Entscheidungswirkung im begrenzten Gruppenverfahren.....	258
a) Begrenztes Gruppenverfahren als Vorlageverfahren .....	259
b) Innenbindung zur Vorfragenklärung .....	262
III. Beteiligung der Gruppenmitglieder.....	263
1. Die Beteiligungsmöglichkeiten der Beigeladenen im Kapitalanleger-Musterverfahren .....	263
a) Auswahl des Musterklägers .....	264
b) Beteiligung der Beigeladenen am Musterverfahren.....	265
2. Kritik an der Beteiligungslösung des KapMuG.....	267
3. Lösung der Beteiligungsproblematik im begrenzten Gruppenverfahren.....	269
D) Zusammenfassung des Kapitels 4.....	271
 <i>Kapitel 5: Das Modell eines begrenzten Gruppenverfahrens zur kollektiven Rechtsdurchsetzung von Schadensersatzansprüchen für Deutschland und Europa .....</i>	
<i>275</i>	
A) Bedeutung einer nationalen Neuregelung im Hinblick auf die europäische Rechtsangleichung im Verfahrensrecht .....	275
I. „Europäisches Verfassungsrecht“ .....	275
II. Zivilprozessuale Rechtsvereinheitlichung bezüglich Gruppenverfahren .....	278
B) Gruppenklagemodelle .....	279
I. Die US-amerikanische class action als Grundmodell .....	279
1. Allgemeines.....	279
2. Die „echte“ class action.....	282



3. Reformen seit 1966 .....	285
4. Class action im Kapitalmarktrecht .....	286
II. Weiterentwicklung der Gruppenklage, insbesondere in Europa ..	287
C) Entwurf der Grundparadigmen eines begrenzten Gruppen- verfahrens .....	293
I. Anwendungsbereich .....	293
II. Vorverfahren, Subsidiarität .....	298
III. Verfahrenseinleitung und Bestimmung der Gruppe .....	301
1. Verfahrenseinleitung .....	302
2. Bestimmung der subjektiven Wirkungserstreckung .....	303
a) Opt-in-Verfahren .....	303
b) Bei- und Austrittsoptionen, alternative Individualverfahren .....	306
c) Potentielle Zukunftsschäden .....	307
IV. Die Verfahrensbeteiligten .....	309
1. Der Gruppenkläger .....	309
a) Auswahl und Auswechslung des Gruppenklägers .....	310
b) Grundentscheidung: Gruppenautonomie oder Bestimmung durch Gericht .....	311
c) Überwachung und Auswechslung .....	314
2. Gruppenmitglieder .....	314
a) Rechtstellung und Beteiligung der Gruppenmitglieder .....	315
b) Information der Gruppenmitglieder .....	317
V. Die aktive Rolle des Richters im Gruppenverfahren .....	318
VI. Dispositive Verfahrensbeendigung .....	323
VII. Schadenshöhe und Vollstreckung .....	328
VIII. Kosten .....	329
IX. Prozesstechnische Umsetzung .....	333
 Kapitel 6: Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse der Untersuchung .....	335
I. Typisierung zivilverfahrenrechtlich relevanter Massenschäden (Kapitel 1) .....	335
II. Kollektive Rechtsdurchsetzung im Zivilprozess (Kapitel 2) .....	335
III. Handlungsbedarf (Kapitel 2) .....	336
IV. Verfassungsrechtlicher Regelungsrahmen für Gruppen- verfahren (Kapitel 3) .....	337
V. Das private begrenzte Gruppenverfahren (Kapitel 4) .....	337
VI. Die Säulen des begrenzten Gruppenverfahrens (Kapitel 4) .....	338
VII. Entwurf der Grundparadigmen eines begrenzten Gruppen- verfahrens zur kollektiven Rechtsdurchsetzung von Schadensersatzansprüchen für Deutschland und Europa (Kapitel 5) .....	340



Literaturverzeichnis.....	343
Sachverzeichnis.....	359